

Politischer Jahresbericht

Nordamerika 2005/2006



Nordamerika

Büro Nordamerika Juli 2005-Juli 2006

Helga Flores-Trejo, Liane Schalatek,
Marc Berthold, Bastian Hermisson

Heinrich-Böll-Stiftung
Büro Nordamerika
Leitung: Helga Flores-Trejo
1638 R Street, NW, Suite 120
Washington, DC 20009
T +1-202-462-7512
F +1-202-462-5230
Email: info@boell.org
<http://www.boell.org>

Inhalt

Zusammenfassung	2
1. Innenpolitische Situation	3
2. Außen- und Sicherheitspolitik	4
3. US Wirtschafts- und Sozialpolitik	6
4. US Klima-, und Energiepolitik	7
5. UN Reform	9
6. US-Rolle in der internationalen Wirtschaft- und Handelspolitik	10
Ausblick	13

Zusammenfassung

Seit dem letzten Sommer haben sich die Rahmenbedingungen, unter welchen die Bush-Administration agiert, deutlich verändert: die Zustimmungswerte für den Präsidenten sind dramatisch gefallen. Die Umfrageergebnisse reflektieren das schwindende Vertrauen der amerikanischen Bevölkerung in die Fähigkeit des Weißen Hauses, innenpolitisch wie außen- und sicherheitspolitisch effektiv zu regieren, womit Präsident Bush bereits in der ersten Hälfte seiner zweiten Amtsperiode – und damit früher als erwartet – den Anschein einer „lame duck“ erweckt. Daran ändern auch die zahlreichen Personalwechsel im Weißen Haus und im Kabinett wenig, mit denen man im Laufe des vergangenen Jahres gehofft hatte, dem Umfragetief zu entkommen.

Der Krieg im Irak und seine politischen wie finanziellen Kosten sind weiterhin das zentrale sicherheits- und außenpolitische Thema, an dem die Glaubwürdigkeit der auf Demokratisierung im Nahen Osten setzenden Vision Bushs und damit sein politisches Vermächtnis hängt. Dies hat Präsident Bush nochmals durch die Veröffentlichung einer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie betont. Anders als in der Konfrontation mit dem Irak, setzt die Bush-Regierung aber in der Auseinandersetzung mit dem Iran verstärkt auf Koordination mit den internationalen Partnern und Wege der Diplomatie, auch in Zusammenarbeit mit Deutschland. Die diplomatischen Verstimmungen der letzten Jahre in den deutsch-amerikanischen Beziehungen scheinen unter der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die vom Weißen Haus bislang bevorzugt behandelt wurde und sehr viel Aufmerksamkeit genossen hat, ausgeräumt zu sein.

Innenpolitisch haben die Diskussion um eine Reform der US-Einwanderungspolitik, die Besorgnis um die Stabilität der US Wirtschaft, Sorgen um Kosten und Sicherung des amerikanischen Energiebedarfs und der Zweifel an der Fähigkeit der Bush-Administration, im Gefolge des Debakels um Hurrikan Katrina die eigene Bevölkerung vor Katastrophen und Notständen zu schützen, an Bedeutung gewonnen. Hurrikan Katrina und seine Folgen, vor allem rapide gestiegene Benzin- und Ölpreise, haben auch die Debatte um Klimawandel in den Vereinigten Staaten in bislang nie gekanntem Maße eröffnet. Auch zeigen sich erste Verwerfungen zwischen dem Weißen Haus und dem republikanisch dominierten US Kongress im Vorfeld einer Zwischenwahl im Herbst dieses Jahres, bei der Stimmenverluste für die Republikaner erwartet werden. Die Angst vor einem Abwärtstrend bei diesen Wahlen hat dazu geführt, dass sich zahlreiche republikanische Abgeordnete öffentlich von Bush zu distanzieren beginnen.

Im Bereich Internationale Strukturpolitik standen die Bemühungen um eine umfassende Reform der Aufgaben der Vereinten Nationen sowie ihrer Institutionen und Managementstrukturen im Mittelpunkt. Hier trug die Diplomatie der amerikanischen Vertretung bei der UN zu einer zunehmenden Nord-Süd-Polarisierung der Mitgliedsländer in der Reformfrage bei und führte beinahe zum Scheitern der neuen UN-Menschenrechtskommission. Die wachsende Instabilität des globalen Finanzsystems, an dem die USA einen nicht unwesentlichen Anteil haben, ist auch Ausgangspunkt von verstärkten Bemühungen für eine Reform von Mandat und Funktion des Internationalen Währungsfonds, den die Finanzminister der Welt im Frühjahr im Grundsatz beschlossen haben. Die amerikanische Handelspolitik sieht sich in der Zwickmühle zwischen protektionistischem Druck einer wachsenden Zahl von Kongressabgeordneten vor allem gegen die Handels- und Wirtschaftsmacht China und dem Wunsch der Bush-Administration, im Rahmen der laufenden Doha-Welthandelsrunde aggressiv für weit reichende Liberalisierungen zugunsten der US-Wirtschaft zu verhandeln.

1. Innenpolitische Situation

Die Rahmenbedingungen der Bush-Administration haben sich in den vergangenen 12 Monaten fundamental verändert. Die Zustimmungswerte zur Präsidentschaft Bushs haben sich auf allen Feldern deutlich verschlechtert und näherten sich zeitweilig Negativrekorden der US-amerikanischen Geschichte. So meinten in einer Umfrage des Wall Street Journal vom 12. Mai 2006 nur noch 29 Prozent der US-AmerikanerInnen, Präsident George W. Bush leiste sehr gute oder ziemlich gute Arbeit.

Angesichts dieser Schwäche ist Bush in seiner Handlungsfähigkeit innenpolitisch stark von einem Kongress eingeschränkt, der auf die im Herbst 2006 anstehenden Wahlen schießt. Aber auch außenpolitisch ist die Administration nur noch bedingt flexibel aufgrund der Verwicklung im Irak wie auch durch die zunehmend steigenden Ölpreise.

Schaut man auf die Themen, die den US-Wählern am wichtigsten sind, dann nimmt der weit gefasste Anti-Terror-Krieg zwar noch immer eine Spitzenposition ein, an Bedeutung gewinnen jedoch zunehmend die Fragen Einwanderung und steigende Ölpreise. Weiterhin wichtig als Themen bleiben die Sorgen um die Stabilität der amerikanischen Wirtschaft sowie die Zukunft der Gesundheitsvorsorge (Quelle: Wall Street Journal, 12. Mai 2006). In all diesen Bereichen verfügt der Präsident über keine gute Ausgangsposition mit Blick auf die Umfragen und die anstehenden Wahlen. Dies führt zu einer verstärkten Nervosität innerhalb der republikanischen Partei; in manchen umkämpften Distrikten und Staaten ist Bush als Wahlhelfer bereits unerwünscht.

Diese Entwicklung hat insgesamt deutliche Konsequenzen für die politische Handlungsfähigkeit der Administration. So scheiterte Präsident Bush mit dem Bemühen um eine gemäßigte Einwanderungspolitik in den vergangenen Monaten wiederholt am Kongress, in dem sich die beiden Parteien mit Blick auf die Wahlen mit konservativen Vorschlägen überbieten. Widerstand sowohl aus den eigenen Reihen als auch aus der Bevölkerung schlug Präsident Bush in den vergangenen Monaten auch bei anderen innenpolitischen Kontroversen entgegen. Trotz der Androhung eines Vetos des Präsidenten von Seiten des Weißen Hauses in Bezug auf eine liberale Verordnung zur Stammzellforschung, wurde diese im Kongress mit deutlicher Mehrheit verabschiedet – eine klare Niederlage für die christliche Rechte. Zugleich schlug im Herbst der Versuch der Administration fehl, beim Kampf gegen den Terrorismus fragwürdige Verhörmethoden zuzulassen. Stattdessen sprach sich eine überwältigende Mehrheit des Kongresses, angeführt vom republikanischen Senator und möglichen Präsidentschaftskandidaten für 2008, John McCain, gegen jegliche Abschwächung des Folterverbots aus. All dies sind Zeichen dafür, dass Teile der Republikaner in der zweiten Legislaturperiode den Präsidenten nicht mehr uneingeschränkt unterstützen, wie dies noch in den vergangenen Jahren und vor allem im Anschluss an den 11. September 2001 der Fall gewesen war. Breiter Protest schlug Bush auch entgegen, als publik wurde, dass die National Security Agency (NSA) mit Duldung der Administration ohne richterlichen Beschluss über Jahre hinweg Telefonate US-amerikanischer Staatsbürger abgehört hatte.

In der zweiten Jahreshälfte 2005 sorgten insbesondere die dramatischen Auswirkungen des Hurrikans Katrina und die mangelhafte

Reaktion der Bundesregierung für Druck auf die Bush-Administration. Das Chaos und die Hilflosigkeit der Katastrophenschutzbehörde, FEMA, sowie der Skandal um deren Leiter, Michael Brown, schockierte die amerikanische Öffentlichkeit nachhaltig. Bevölkerung und Medien fragten sich, ob die weit reichende Umstrukturierung des US-Sicherheits- und Katastrophenschutzbereichs seit dem 11. September 2001 und die finanziellen Aufstockung die Situation lediglich verschlechtert habe, und welche Konsequenzen dies bei einem weiteren Terroranschlag haben würde.

Die geringen Zustimmungswerte der Bevölkerung gegenüber der Administration sagen jedoch nichts über eine korrespondierende Zustimmung gegenüber der Opposition aus. So bewerteten im Mai 2006 in einer Umfrage lediglich 23 Prozent der Befragten die Arbeit der Demokraten im Kongress positiv.¹ Dies ist zumindest teilweise auf das weiterhin unscharfe Profil der Demokraten auf fast allen Politikfeldern zurückzuführen.

Einwanderungspolitik

Migration ist in den vergangenen Monaten zu einem der wichtigsten Themen in der tagespolitischen Auseinandersetzung geworden. Angesichts der anderen drängenden Themen wie dem Irakkrieg, der hohen Energiepreise und dem abflachenden Wirtschaftswachstum hat es viele Beobachter überrascht, mit welcher Vehemenz Einwanderung augenblicklich diskutiert wird. Zwar gibt es immer wieder Zwischenfälle an der mexikanischen Grenze, allerdings meist verbunden mit dem florierendem Drogenhandel. Aber die aktuelle Brisanz erhielt die Migrationsdiskussion erst, als republikanische Kandidaten mit besorgtem Blick auf das Kongress-Wahljahr und einem Präsidenten, der rapide an Vertrauen verloren hat, das polarisierende Thema außerhalb der erwähnten Politikfelder entdeckten, in denen ihnen alle Umfragen schlechte Noten bescheinigen.

George W. Bush tritt in dieser Debatte erstaunlich pragmatisch auf. Das Weiße Haus erscheint bemüht um sinnvolle und praktikable Lösungen in einer Auseinandersetzung, die mit simplen Vorschlägen kaum zu klären ist. In der Diskussion um die Reform des Einwanderungsgesetzes hat sich der Präsident im moderaten Mittelfeld positioniert: er vertritt klar und deutlich die Interessen der amerikanischen Geschäftswelt und der Migranten, pocht aber auch immer wieder auf die Sicherheit der Grenzen. In einer Rede an die Nation im Mai dieses Jahres erinnerte Bush daran, dass Migration wichtig und gut sei und verwies wiederholt auf die Unsinnigkeit einer Massenabschiebung illegaler Arbeiter. Stattdessen plädierte er für eine umfassende Einwanderungsreform, die sowohl Einbürgerungen, ein Gastarbeiterprogramm als auch weitere Grenzsicherungen umfassen soll. Auf die Geschlossenheit seiner Partei kann er in diesem Konflikt dabei jedoch kaum hoffen. Die Mehrheit der Republikaner steht hinter der vom Repräsentantenhaus vorgelegten *enforcement only reform*, die lediglich weitere Grenzbefestigungen vorsieht.

Wie so oft in den vergangenen Jahren spielt sich auch diese innenpolitische Diskussion vor allem innerhalb der republikanischen Partei

¹ Wall Street Journal, 12. Mai 2006

ab. Die Demokraten hingegen haben es nicht geschafft, eine einheitliche und schlagkräftige Position zu entwickeln. (siehe auch Artikel www.boell.de)

2. Außen- und Sicherheitspolitik

Die Nationale Sicherheitsstrategie 2006

Nachdem das Weiße Haus seit 2002 keine National Security Strategy (NSS) veröffentlicht hatte, legte es im Frühjahr 2006 eine neue Sicherheitsstrategie vor, die die Grundlagen der US-Außen- und Sicherheitspolitik zusammenfasst. Augenscheinlich sah die Administration die Notwendigkeit, der US-Bevölkerung eine Tatsache wieder ins Bewusstsein zu rufen, die sich gleich im ersten Satz findet: „America is at War“².

Im Einzelnen beinhaltet die NSS 2006 folgende zentrale Inhalte:

Demokratie: Die weltweite Förderung von Demokratie bleibt das Herzstück der US-Politik, als einzige dauerhafte Garantie für Stabilität und Sicherheit. Erwähnt werden neben den „Erfolgen“ der vergangenen Jahre (Afghanistan, Irak, Libanon, Georgien, Ukraine, Kirgisien) auch einzelne Länder bzw. ihre Staatschefs, die besondere Kritik erfahren. Dies betrifft die als „despotisch“ eingestufteten Länder Nordkorea, Iran, Syrien, Kuba, Weißrussland, Burma und Zimbabwe. Kritisiert werden aber auch Russland (im Gegensatz zu 2002), China und Venezuela.

Präemption: Die Administration bekräftigt die Notwendigkeit von Präemption als essentiellen Bestandteil ihrer Sicherheitsstrategie, selbst wenn Unsicherheit bezüglich von Ort und Zeit eines möglichen Angriffs herrschen sollte. Zugleich betont die NSS 2006 jedoch verstärkt die Bedeutung von Diplomatie und (nicht genauer definiertem) Multilateralismus. In diesem Zusammenhang wird Iran als größte Gefahr für die USA hervorgehoben. Zugleich wird jedoch auch die Vorrangstellung diplomatischer Lösungen in Bezug auf Iran betont.

Erweiterte Sicherheit: Neu ist der Umfang, in dem die NSS 2006 sich nicht-staatlichen und nicht-terroristischen Bedrohungen widmet. So findet sich ein eigenes Kapitel zu Genozid, aber auch die Betonung neuer Herausforderungen in der globalisierten Welt, wie Armutsbekämpfung, Umweltzerstörung, AIDS, Vogelgrippe und Drogenhandel. Dennoch scheinen diese Aspekte vor allem der Besänftigung der KritikerInnen der Administration zu dienen, sind sie doch durch keine konkreten Vorschläge unterstützt, wie diesen Gefahren zu begegnen sei.

Insgesamt ist sowohl in der NSS 2006 als auch in der tatsächlichen Außen- und Sicherheitspolitik der Administration im vergangenen Jahr zwar kein Gesinnungswechsel festzustellen, jedoch partiell ein Wechsel in Bezug auf die Mittel, die zur Durchsetzung der angestrebten Politik eingesetzt werden. „Diplomatie“ und „Bündnispart-

ner“ sind nicht mehr lediglich Rhetorik. Dabei liegt ein Schwerpunkt der „Diplomatie“ jedoch auf *Public Diplomacy*, und zwar in der Form von *Transformational Diplomacy*, wie sie US-Außenministerin Condoleezza Rice Ende Januar 2006 in einer Grundsatzrede definierte. Ziel ist es, Länder zu gut regierten Demokratien zu machen. Diesem Ziel soll auch die Bereitstellung von US-Entwicklungshilfe in Zukunft mehr verpflichtet werden, unter anderem durch eine Höhergewichtung des Außenministeriums in der amerikanischen Entwicklungshilfiehierarchie.³ Zur Neuorientierung der US-Entwicklungshilfe hat das Büro Washington eine Kurzanalyse geschrieben, die über www.boell.org bezogen werden kann.

Tatsächlich scheinen im Vergleich zu den vergangenen Jahren an manchen Stellen in der US-Außen- und Sicherheitspolitik verstärkte diplomatische Bemühungen durch. Besonders deutlich wird dies im Fall des Nahen Ostens und des Iran.

Naher und Mittlerer Osten

Die außen- und sicherheitspolitische Priorität der Bush-Regierung ist weiterhin die Transformation des Nahen und Mittleren Ostens.

Die Entwicklungen im Libanon nach der Ermordung Rafic Hariris und dem Rückzug der syrischen Truppen, in den palästinensischen Gebieten nach dem Tod Arafats und zuletzt bei den Wahlen in Ägypten haben in der US-Administration die Hoffnung auf einen „Arab Spring“ (in Anlehnung an den Prager Frühling) geweckt. Nach dem Erfolg der Hamas in den palästinensischen Gebieten werden in den USA jedoch zunehmend kritische Stimmen laut, welche die Demokratisierungsbegeisterung bremsen. Die Priorität in Bezug auf einen Regimewechsel pendelte im vergangenen Jahr wiederholt von Iran hin zu Syrien und zurück. Sowohl im Falle Syriens als auch Irans wird jedoch nicht ernsthaft an eine militärische Intervention gedacht, sondern an politischen Druck und einen daraus erwachsenen Zusammenbruch des Regimes von innen.

Iran

Der Iran ist aufgrund seiner nuklearen Bestrebungen in den letzten Monaten zur außenpolitischen Priorität Nummer Eins der Bush-Regierung geworden. Nicht zuletzt aufgrund der mangelhaften diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Iran konzentrieren sich die USA dabei auf die Zusammenarbeit mit und den Gewinn von BündnispartnerInnen. Dies sind in erster Linie die „EU-3“ (Deutschland, Großbritannien, Frankreich), Russland und China. Um insbesondere Russland, aber auch China in die Bemühungen um ein einheitliches und starkes Agieren des UN-Sicherheitsrates gegenüber Iran einzubinden, scheint die US-Administration bereit zu sein, politische Kompromisse gegenüber China und Russland an anderer Stelle in Kauf zu nehmen, wie bspw. eine leisere Kritik an Russlands Menschenrechtspolitik anlässlich des G-8-Gipfels in St. Petersburg im Juli 2006. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die militäri-

² National Security Strategy 2006. p i. (<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss/2006/nss2006.pdf>)

³ Der Text der Rede von Condoleezza Rice, sowie eine Übersicht über Änderungen in der US-Entwicklungspolitik als Folge von „Transformational Diplomacy“ sind abrufbar unter <http://www.state.gov/secretary/rm/2006/59408.htm>.

schen, wirtschaftlichen und politischen Druckmittel der USA auf Iran als gering eingeschätzt, und nur multilaterale Herangehensweisen als produktiv angesehen werden. Positive Begleiterscheinungen dessen sind sowohl die gesteigerte Bedeutung des UN-Sicherheitsrates in der US-Debatte als auch die gewachsene Rolle Deutschlands im Rahmen der Verhandlungen. Zugleich hat die gemeinsame, vergleichsweise „harte Linie“ der EU und der USA seit Ende 2005 zu einem transatlantischen Tauwetter in sicherheitspolitischen Kreisen geführt.

Islamisten

Getrieben von der Notwendigkeit, im Nahen und Mittleren Osten Partner für innere Reformen zu finden, wurde in den letzten Monaten in den USA verstärkt eine Debatte darüber geführt, ob islamistische Organisationen Partner einer demokratischen Entwicklung sein können. Das Beispiel Irak hat bei einer Reihe von Akteuren innerhalb der Administration den Eindruck verstärkt, dass Islamisten durchaus ein Potential als tragfähige politische Partner bieten. In den USA wird dabei vergleichsweise deutlich zwischen politischen Akteuren unterschieden, die sich einer islamistischen Ideologie verschrieben haben, und solchen, die offen den Terrorismus unterstützen. Bei Letzteren überwiegt eine „Zero-Tolerance“-Strategie, wie am Beispiel der Hamas deutlich wurde, bei Ersteren, wie bei der Muslimbruderschaft, werden Dialog und Kooperation jedoch keineswegs ausgeschlossen.⁴ Es bleibt abzuwarten, in welche Richtung sich in Bezug auf den Nahen Osten das Verhältnis zwischen Demokratisierungsträumen einerseits und der Sorge vor einem demokratischen Erfolg von Islamisten andererseits weiterentwickeln wird.

Das Büro Washington hat diese Debatte im Berichtszeitraum in einer Konferenzserie in Zusammenarbeit mit dem *Carnegie Endowment for International Peace* (CEIP) sowie dem Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut aufgegriffen und weiter getragen.

Irak

Die Tatsache, dass noch immer Tag für Tag Meldungen von Anschlügen, sowie von toten und verwundeten US-Soldaten in den Medien zu lesen und zu hören sind, hält die Debatte über die weitere Vorgehensweise im Irak auf der politischen Agenda. Auch der Vergleich zu Vietnam ist in öffentlichen Diskussionen immer öfter zu hören. So waren Mitte des Jahres 2005 bereits mehr US-Truppen im Auslandseinsatz als jemals während des Vietnam-Krieges. Bislang hält jedoch noch die Mehrheit der Republikaner, sowie die Mehrheit der Demokraten an einem langfristigen, auch militärischen Engagement im Irak fest. Dennoch ist der Druck auf die Regierung in den vergangenen Monaten kontinuierlich gewachsen, eine Strategie für einen Abzug aus dem Irak vorzulegen, die an das Erreichen bestimmter Ziele (Verfassung, Wahlen, Stand irakischer Sicherheitskräfte etc.) geknüpft ist.

⁴ Siehe *Islamist Movements and the Democratic Process in the Arab World: Exploring the Gray Zones*. The Carnegie Endowment for International Peace. March 2006. (<http://www.carnegieendowment.org/files/CP67.Brown.FINAL.pdf>)

Dabei ist ein klarer Plan für die Zukunft des Irak und der USA, abgesehen von der Prämisse „Kurs halten“, weiterhin nicht zu erkennen.

Guantanamo und Anti-Terror-Maßnahmen

Seit dem späten Frühjahr 2005 gibt debattieren US-Medien und Kongress zunehmend über Sinn und Rechtmäßigkeit des US-Gefangenenlagers in der kubanischen Guantanamo Bucht. Der Vorsitzende der Demokraten im Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Senator Joseph Biden, erklärte öffentlich, dass Guantanamo dem Krieg gegen den Terror letztlich schade, und setzte sich für eine Schließung des Gefängnisses ein. Stattdessen sollten Terrorverdächtige vor reguläre US-Gerichte gebracht werden. Die Kritik an Guantanamo, welche meist auch auf die Praxis erweitert wird, Terrorverdächtige zum Verhör in befreundete Staaten im Ausland zu bringen, wo sie gefoltert werden können (*extraordinary renditions*), beschränkt sich mittlerweile nicht mehr auf einzelne Abgeordnete. Auch aus republikanischen Kreisen ist Kritik zu hören. Präsident Bush selbst hat, in ersten Andeutungen beim Antrittsbesuch von Angela Merkel, und in deutlicherer Form im Juni 2006 in Wien, eine mögliche Schließung von Guantanamo in Aussicht gestellt.

Verhältnis Deutschland-USA

Mit großem Interesse wurden in den USA die Entwicklungen in Deutschland mit Blick auf die Bundestagswahlen 2005 verfolgt. Auf Angela Merkel als neuer Bundeskanzlerin ruhen dabei viele positive Erwartungen. Gerhard Schröder wurde zuletzt bis weit ins demokratische Lager hinein nicht mehr als vertrauensvoller Partner angesehen. Grund dafür war nicht allein seine Haltung in Bezug auf den Irak-Krieg, sondern auch sein massives Eintreten für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China, seine besonders freundschaftlichen Beziehungen zu Russlands Präsident Vladimir Putin und seine vermutete Nähe zu den Skeptikern der transatlantischen Beziehung in Frankreich, insbesondere zu Präsident Jacques Chirac. In diesem Zusammenhang wird viel Hoffnung auf Veränderungen unter der neuen Kanzlerin Merkel gesetzt. Dabei stößt ihre ostdeutsche Herkunft auf besonderes Interesse, scheint diese doch eine ähnlich wirtschaftlich-liberale, pro-demokratische und pro-transatlantische Politik wie in weiten Teilen Osteuropas nahe zu legen. Mögliche, aus US-Sicht negative, Konsequenzen einer CDU-Kanzlerin, wie die Politik gegenüber dem von den USA leidenschaftlich verfochtenen EU-Beitritt der Türkei oder auch eine Integration hemmende Migrationspolitik der EU und Deutschlands, werden dabei bislang überwiegend ausgeblendet. Entsprechend harmonisch und positiv verlief der Antrittsbesuch von Angela Merkel in Washington, trotz deutlicher Kritik der Kanzlerin an Guantanamo im Vorfeld und während des Besuchs. Auf die Bundeskanzlerin werden zudem, gerade angesichts der derzeitigen politischen Schwäche anderer europäischer Staatsechefs, große Hoffnungen gesetzt, sowohl in Bezug auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen, als auch auf die Führungsrolle Deutschlands in der EU.

Im Berichtszeitraum hat das Büro Washington der Heinrich-Böll-Stiftung mehrere Informationsveranstaltungen und Dialoge zur Frage eines EU-Beitritts der Türkei, sowie eine Besuchsreise für Vertre-

terInnen von US-Think Tanks zur europäischen Migrations- und Integrationspolitik durchgeführt.

3. US Wirtschafts- und Sozialpolitik

Debatte um Gesundheits- und Krankenversicherungsreform

Für viele AmerikanerInnen ist die Reform der Krankenversicherung seit Jahren konstant eines der wichtigsten innenpolitischen Themen. Eines der Grundprobleme des amerikanischen Gesundheitswesens besteht darin, dass rund 42 Mio. AmerikanerInnen überhaupt nicht versichert sind. Diese Zahl wächst beständig weiter, weil immer weniger amerikanische ArbeitgeberInnen ihren Angestellten Krankenversicherung als Sozialleistung anbieten (nur noch knapp 59 Prozent). Jene, die Versicherungen bieten, verlangen mehr Selbstbeteiligung bei weniger Leistungen. Aufgrund finanzieller Probleme haben zudem in den letzten Jahren viele US-Bundesstaaten ihre Ausgaben für Krankenversicherungszuschüsse oder Kostenübernahmen für einkommensschwache Gruppen weiter gekürzt.

Obwohl die Notwendigkeit einer umfassenden Reform des US-Gesundheitswesens bereits seit Jahren gefordert und debattiert wird, fehlt auf nationaler Ebene ein politischer Grundkonsens, ob die Krise im Gesundheitswesen durch eine Minimalabsicherung für alle (wie unter der Clinton-Administration verfochten) oder durch verstärkte Eigenleistung der Bürger in privatwirtschaftlich organisierten *health savings accounts* (die Variante der Bush-Administration) in den Griff zu bekommen ist. Die Bush-Administration ist wie ihre Vorgängerin bislang daran gescheitert, die Debatte über eine Polarisierung hinaus konstruktiv zu leiten.

Im vergangenen Jahr gab es im Rahmen dieser Debatte allerdings zwei wichtige Entwicklungen. Politisch signifikant, weil parteiübergreifend, ist dabei vor allem der Vorstoß des Bundesstaates Massachusetts, der im April 2006 eine Krankenpflichtversicherung für alle BürgerInnen eingeführt hat. Diese Initiative, die den Einzelbürger rechtlich verpflichtet – ähnlich wie eine Autoversicherung – zumindest eine Minimaldeckung nachzuweisen (die für einkommensschwache Bürger subventioniert ist), war das Ergebnis zweijähriger politischer Verhandlungen zwischen dem republikanischen Gouverneur von Massachusetts, Mike Romney und den demokratisch dominierten Kammern des Parlaments von Massachusetts. Für Gouverneur Romney, der als möglicher republikanischer Präsidentschaftskandidat für 2008 gilt, könnte dies durchaus ein politischer Husarenstreich sein. Andere US-Bundesstaaten, allen voran Louisiana, dessen Gesundheitswesen auch durch den Hurrikan Katrina 2005 stark beeinträchtigt wurde, zeigen Interesse an einer Übernahme des Modells.

Ebenfalls mit Blick auf die Wählerschaft ist die Reform der amerikanischen Sozialversicherung im Gesundheitsbereich, Medicare, zu sehen, die zum Januar 2006 in Kraft trat. Sie ist die seit der Gründung des Programms im Jahr 1965 umfangreichste Erweiterung des staatlichen Programms, das medizinische Grundversorgung für 42 Millionen berechnete US-SeniorInnen und Behinderte garantiert. Ziel der „Plan D“ genannten Initiative, die von der republikanischen Mehrheit im US-Kongress 2005 auf Wunsch der Bush-

Administration durchgesetzt wurde, ist eine Ausweitung der Kostenübernahme für Medikamente für SeniorInnen. Viele demokratische PolitikerInnen hatten die Reform aus Kostengründen abgelehnt und auch bemängelt, dass statt unbegrenzter Kostenübernahme durch den Staat besser Kostensenkungen bzw. Preisstabilisierung mit der amerikanischen pharmazeutischen Industrie hätten verhandelt werden sollen. Sie sahen die Maßnahme als republikanisches Geschenk für die Pharmaindustrie und als Kauf von Wählerstimmen im politisch aktiven Segment der SeniorInnen.

Allerdings scheint der vermeintliche politische Wurf nach hinten losgegangen zu sein und könnte zur politischen Belastung für die Republikaner in den Kongress-Zwischenwahlen im November dieses Jahres werden: das Programm hatte in den ersten Monaten mit zahlreichen Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen, die Hunderttausende sozial schwacher Menschen ohne Kostendeckung für Medikamente ließen und die Gesundheitsadministrations der Bundesstaaten finanziell wie regulativ überforderten.⁵ Auch zur Jahresmitte 2006 bleibt der erhoffte Erfolg von Plan D weiterhin aus.⁶

US-Wirtschaft und Finanzpolitik

Trotz gleich bleibend stabiler jährlicher Wachstumsraten um die 3,5 Prozent seit 2001 droht die amerikanische Wirtschaft den Schwung zu verlieren – und fast noch wichtiger: das Vertrauen der amerikanischen BürgerInnen und KonsumentInnen. Diese sind mehrheitlich der Ansicht, dass es der amerikanischen Wirtschaft jetzt schlechter als vor Jahren geht. Sie lassen sich auch von einer PR-Kampagne des Weißen Hauses nicht vom Gegenteil überzeugen. Diesem Umstand fiel der bisherige US-Finanzminister John Snow im Mai 2006 zum Opfer, der in seinem Amt abgelöst wurde. Sein Nachfolger im Amt soll Henry Poulson werden, ein Wall Street Bankier von Goldman Sachs.⁷ Dies war in der amerikanischen Wirtschafts- und Finanzpolitik bereits die zweite bedeutsame Personalveränderung in wenigen Monaten. Ende Januar 2006 ging nach 18 Jahren in der Leitung der US-Notenbank Alan Greenspan in den Ruhestand. Ihn sahen viele Amerikaner als Garant amerikanischer Wirtschafts- und Finanzstabilität, vor allem durch seine Inflationsbekämpfungspolitik, obgleich seine Unterstützung für Präsident Bushs Steuersenkungspolitik umstritten war. Unter seinem Nachfolger Ben Bernanke (zuvor Vorsitzender des White House Council of Economic Advisers), der sein Amt im Februar 2006 antrat, hat die amerikanische Börse bislang mit mehr Unruhe, Schwankungen und Besorgnis reagiert.⁸

⁵ „President Tells Insurers to Aid Ailing Medicare Drug Plan“, Robert Pear, New York Times, 16. Januar 2006.

⁶ Kris Hundley, „Medicare drug benefit isn't holding down prices“, Rhode Island News, 25. Juni 2006, http://www.projo.com/business/content/projo_20060625_partd25x.12ee2dc.html

⁷ „Finanzier Chosen to Head Treasury“, Washington Post, 31. Mai 2006; <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/05/30/AR2006053000364.html>

⁸ Siehe dazu auch „Bernanke: Investor's Foe .. or Friend?“, BusinessWeek online, 19. Juni 2006; abrufbar unter: http://news.yahoo.com/s/bw/20060619/bs_bw/pi20060619363032

Die Zweifel des amerikanischen Durchschnittsbürgers hinsichtlich des Erfolgs der amerikanischen Wirtschaftspolitik für den Mittelstand sind auch mit Blick auf die Fakten berechtigt und beruhen nicht nur auf psychologischer Verstimmung. Tatsächlich spüren untere und mittlere Einkommenschichten vom anhaltenden US-Wirtschaftswachstum und den robusten Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, von dem vor allem der Unternehmensbereich mit Rekordrenditen profitiert hat, in den letzten Jahren immer weniger, während ihre Ausgabenbelastungen weiter gewachsen sind.⁹ US-Kommentatoren sprechen mittlerweile vom „schwindenden Mittelstand“ in einer Gesellschaft, in der die Einkommensdifferenz und die Armutsrate weiter wachsen (zuletzt 12,7 Prozent zum Jahresende 2004). Die Stundenlöhne sind in den letzten fünf Jahren inflationsbereinigt nur um 1,1 Prozent gestiegen; der Arbeitgeberanteil an den Sozialleistungen für Arbeitnehmer sinkt kontinuierlich. Die amerikanische Durchschnittsfamilie ist verschuldet wie noch nie zuvor und muss im Schnitt fast ein Siebtel ihres Monatseinkommens zur Ableistung von Schulden ausgeben – und das bei einer weiter sinkender Sparrate der privaten Haushalte, die Ende 2005 erstmals seit der Großen Depression der 30er Jahre negativ war.

Der wachsende Vertrauensverlust in die Stärke der US-Wirtschaft, und damit in die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bush-Regierung ist nicht zuletzt Resultat eines längerfristigen Phänomens, mit dem die Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren noch vermehrt zu kämpfen haben werden. Trotz massiver Steuersenkungen seit 2003, die Bush und seine republikanischen Mitstreiter im Kongress gegen die demokratische Opposition mit dem Versprechen auf Arbeitsplatzgewinne und dem Abwenden einer drohenden Rezession durchgesetzt hatten, wurden in den letzten Jahren weit weniger Arbeitsplätze geschaffen als erwartet. Der *jobless growth* betrifft vor allem amerikanische College-Abgänger: unter ihnen ist die Arbeitslosenrate mit rund 14 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt. Kritiker der Bush-Administration weisen außerdem darauf hin, dass die offizielle Arbeitslosenquote von landesweit um die 5 Prozent den US-Arbeitsmarkt stärker darstellt, als er wirklich ist. Millionen von Amerikanern, vor allem die, die Arbeitsplätze im Industriebereich verloren haben, sollen die Arbeitssuche einfach aufgegeben haben, gelten als unterbeschäftigt oder habe sich formal „selbständig“ gemacht und sind daher statistisch nicht mehr in der Arbeitslosenquote erfasst.

Nicht zuletzt auch wegen anhaltend hoher Ausgaben für die militärischen Einsätze in Irak und Afghanistan steigt das US-Haushaltsdefizit weiter an. Neben den Verteidigungskosten sind es vor allen Dingen die Fiskal- und Sozialpolitik, die das Defizit auch langfristig weiter anwachsen lassen werden: die von Präsident Bush gewünschte Festschreibung der Steuersenkungspolitik der letzten Jahren sowie die Medicare Plan D Reform würden bis 2011 alleine rund \$ 500 Milliarden zum Defizit beitragen. Und dies lässt völlig außer Acht, dass in einer alternden Bevölkerung die Kosten für die amerikanische Sozialversicherung, *social security*, weiter steigen und bereits in der näheren Zukunft nicht mehr über Beiträge zu de-

cken sein werden. Hatte Präsident Bush noch zum Antritt seiner zweiten Amtsperiode im Januar 2005 die Reform von *Social Security* zum Kernstück seiner Innenpolitik machen wollen, sind alle Reformvorschläge des Präsidenten, die auf eine Privatisierung des Systems hinauslaufen, sowie eine ernsthafte Debatte zum Thema selbst inzwischen in beiden Parteien im Wahljahr politisch zur „*No-Go-Zone*“ geworden. Voraussehbar ist, dass die *Social Security* Reform von Präsident Bush in seinen letzten beiden Amtsjahren mit zunehmendem „*lame duck*“-Status nicht mehr vorangebracht werden kann und auch demokratische wie republikanische BewerberInnen um die Bush-Nachfolge das Problem nicht zu einem Wahlkampfthema machen werden.

4. Klima- und Energiepolitik

Hurrikan Katrina

Die Hurrikan-Saison 2005 mit dem traurigen Höhepunkt des Wirbelsturms „Katrina“, der am 29. August 2005 New Orleans überflutete und eine Fläche der Größe Großbritanniens in den Bundesstaaten Louisiana und Mississippi verwüstete, sorgte nicht nur innenpolitisch, wirtschaftlich und aus humanitären Gründen für eine der bisher größten Krisen der USA und der US-Regierung, sondern hatte auch umweltpolitisch weit reichende Konsequenzen: in die Kritik gerieten die jahrzehntelange Vernachlässigung und Zerstörung der Golfküste sowie die Ansiedlung in stark Hurrikan-gefährdeten Gebieten.

Vor allem sorgte jedoch die Frage nach Zusammenhängen von Klimawandel und Hurrikanen in den Vereinigten Staaten für eine zunächst umstrittene, längerfristig jedoch vielleicht sehr ernsthafte Debatte zur Realität von Klimawandel und folglich der Klimapolitik in den Vereinigten Staaten. Bereits am Tag nach der Katastrophe in New Orleans schrieb der Boston Globe, „*Katrina's real name*“¹⁰ sei die vom Menschen beeinflusste globale Erwärmung. Vergleichbare unmittelbare Kommentare aus Deutschland sorgten zwar zunächst für Empörung, doch allmählich veränderten die Bilder von der Golfküste die öffentliche und politische Debatte. Hinzu kamen wissenschaftliche Studien, unter anderem von der amerikanischen National Oceanic and Atmospheric Agency (NOAA)¹¹, deren Eindeutigkeit überzeugte. Aktueller Höhepunkt ist der Film „*An Inconvenient Truth*“ des ehemaligen Vize-Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten Al Gore, der sich seit einigen Jahren der öffentlichen Aufklärung über Klimawandel verschrieben hat. Gore, der aufgrund seines Combacks in den US-Medien von vielen Beobachtern wieder als möglicher Präsidentschaftskandidat gehandelt wird, hat eine hohe Glaubwürdigkeit, was sich in positiven Kritiken des Films wider-

⁹ „Economic Snapshot“, Christian Weller, Center for American Progress, 5. Juni 2006; abrufbar unter: http://www.americanprogress.org/atf/cf/%7BE9245FE4-9A2B-43C7-A521-5D6FF2E06E03%7D/ECONOMIC_SNAPSHOTS_JUNE.PDF

¹⁰ Gelbspan, Ross: „Katrina's real name“, Boston Globe, 30. August 2005

¹¹ <http://www.climatechange.gov/Library/pressreleases/pressrelease2may2006.htm>

spiegelt¹² und Gegnern seiner Thesen den Wind aus den Segeln nimmt.

Auch die mediale Berichterstattung zum Klimawandel hat sich in den vergangenen zwölf Monaten deutlich gewandelt. Zum einen hat sie deutlich zugenommen: Sowohl Fernsehsender wie CNN, NBC und ABC als auch landesweite Zeitungen und Zeitschriften, wie USA Today, Washington Post, Newsweek und Time Magazine, berichten in regelmäßigen Abständen ausführlicher als in der Vergangenheit und tragen damit zur öffentlichen Aufklärung bei. Zum anderen hat sie sich auch substantiell verändert: Das Argument, die Wissenschaft sei sich nicht einig über den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel, gilt zunehmend als widerlegt, und die Zweifler erhalten weitaus weniger Raum in der Debatte als noch vor wenigen Jahren.

Selbst in der politischen Arena kam es zu einem zaghaften Umdenken. Präsident Bush hat während des G-8-Gipfels in Glenneagles, Schottland, im Juli 2005 erstmals ein Abkommen unterzeichnet, welches die menschlichen Ursachen des Klimawandels anerkennt. Im US-Kongress kam es zudem in den vergangenen zwölf Monaten wiederholt zu Initiativen von Senatoren und Abgeordneten. Neben dem parteiübergreifenden Gesetzentwurf der Senatoren Joe Lieberman (Demokrat) und John McCain (Republikaner) zu einem US-weiten Emissionshandelssystem, verabschiedete zuletzt die Führung des Senatsausschuss für Außenpolitik mit den Senatoren Richard Lugar (Republikaner) und Joseph Biden (Demokrat) am 23. Mai 2006 eine Resolution, die eine Führungsrolle der Vereinigten Staaten bei der Bekämpfung des Klimawandels verlangt und die aktive und konstruktive Beteiligung der USA an den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen fordert.¹³ Das Weiße Haus setzt dabei jedoch weiterhin auf freiwillige Maßnahmen der Wirtschaft, die Selbstkontrolle des Marktes und überwiegend auf Forschung und technologische Entwicklung. Mit einer Rückkehr zum Kyoto-Protokoll wird nicht gerechnet; es besteht jedoch Hoffnung, dass sich die Vereinigten Staaten in der nächsten Phase nach 2012 an diesem beteiligen wird.

Energie-Preise

Im Zuge des Katrina-Desasters und des kurz darauf folgenden Hurrikans Rita in Texas kam es durch Engpässe auch zu einer Preisexplosion bei Treibstoffen. Ungefähr zehn Prozent der amerikanischen Raffinerie-Kapazitäten fielen aus, und zahlreiche Bohrseln im Golf von Mexiko waren vorübergehend außer Betrieb. Der vergleichsweise hohe Treibstoffpreis hat sich mittlerweile gehalten: Zwar ist er mit derzeit ca. 3 Dollar pro Gallone immer noch halb so teuer wie in Deutschland, dennoch stellt er für viele vom Auto abhängige Bevölkerungsgruppen eine deutliche finanzielle Mehrbelastung dar. Ursache für das hohe Preisniveau sind jedoch nicht mehr die Konsequen-

zen der Hurrikane sondern die Spannungen im Mittleren Osten, wie der Irak-Krieg und die Atomenergie-Krise mit Iran, und die Konkurrenz auf dem Erdölmarkt durch den wachsenden Bedarf aus China und Indien.

Diese Entwicklungen katapultierten die nationale Energiepolitik an die Spitze der Prioritätenliste des Weißen Hauses. Bereits am 8. August 2005 hatte Präsident Bush nach zähen Verhandlungen im US-Kongress und nach mehrmaligem Scheitern im Vermittlungsausschuss in den Jahren 2002 und 2003 ein umfassendes Energie-Gesetz unterzeichnet. Dieses Gesetz wurde von Umweltorganisationen überwiegend als Geschenk für die Öl- und Kohlewirtschaft und als verpasste Gelegenheit gewertet, die Vereinigten Staaten energiepolitisch auf einen neuen Pfad zu lenken. Zwar enthält das Gesetz Steuerbegünstigungen für sparsame Fahrzeuge, für die Produktion von Erneuerbaren Energien, sowie Förderprogramme zur Umstellung alter Dieselfahrzeuge und Schulbusse, doch gelang es nicht, die Emissionsstandards für Fahrzeuge zu erhöhen, landesweite Mindestziele für Erneuerbare Energien zu setzen und eine umfassende Klimagesetzgebung mit zu integrieren.¹⁴

Präsident Bush machte die Energiepolitik auch zum zentralen Thema seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2006¹⁵. Er rief dazu auf, die Öl-Abhängigkeit zu beenden und kündigte eine *Advanced Energy Initiative*¹⁶ an, mit welcher er Forschungsgelder für emissionsfreie Kohlekraftwerke, Atomenergie und erneuerbare Energien, wie Sonne und Wind, um 22 Prozent erhöhen wolle. Bush versprach auch mehr Mittel für die Entwicklung von Hybrid- sowie Wasserstoffautos und Biokraftstoffen. Hiermit erhofft sich der Präsident, bis zum Jahr 2025 die Erdölimporte aus dem Mittleren Osten um 75 Prozent zu senken. Auch hier werden jedoch Energieeinsparpotentiale außer Acht gelassen. Zur Deckung des hohen, und weiterhin wachsenden Bedarfs setzt die Regierung vielmehr auf die Renaissance der Atomenergie und auf heimische Ölproduktion, wie die Erschließung von Vorkommen in Alaska. Trotz des wiederholten Scheiterns im US-Kongress wird die Öffnung des Naturschutzgebiets ANWR (*Arctic National Wildlife Refuge*) regelmäßig an Gesetzesvorhaben angehängt.

Bioenergie

Als Konsequenz ist Biokraftstoffen, vor allem Ethanol, der große Durchbruch gelungen. Seit Beginn dieses Jahres herrscht in Politik und Wirtschaft beinahe ein Goldrausch in Bezug auf Chancen von Treibstoffen aus Mais und Soja. Durch die hohen Ölpreise ist die Produktion konkurrenzfähig geworden, und Landwirte wie auch große Energieunternehmen sehen in der Herstellung umfangreiche Potentiale. Der Boom geht soweit, dass zahlreiche Umweltorganisationen, die jahrelang den Umstieg auf Biokraftstoffe zur Senkung der CO₂-Emissionen gefordert haben, befürchten, die rasante und massive Umstellung auf Ethanol könnte durch eine industrielle Massenproduktion die ökologischen und klimapolitischen Vorteile zu-

¹² Cohen, Richard: "A campaign Gore can't lose", Washington Post, 18. April 2006, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/04/17/AR2006041701259.html>

¹³ http://www.pewclimate.org/what_s_being_done/in_the_congress/s_res_312.cfm

¹⁴ <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/05/24/AR2006052402072.html>

¹⁵ <http://www.whitehouse.gov/stateoftheunion/2006/index.html>

¹⁶ <http://www.whitehouse.gov/stateoftheunion/2006/energy/index.html>

nichte machen. Folgt die Herstellung dem Muster der industriellen Landwirtschaft, dann könnten Biokraftstoffe zur Bedrohung für die Natur und Artenvielfalt werden, ohne jedoch weit reichende Emissionsreduzierungen zu erzielen, da sie nur dann klimafreundlich sind, wenn sie auf nachhaltige und energieeffiziente Weise produziert werden.

Um nicht vom eigenen Erfolg überrollt zu werden, fordern Umweltorganisationen wie Friends of the Earth U.S., Natural Resources Defense Council, und Think Tanks wie die Energy Future Coalition und Brookings Institution so genannte Nachhaltigkeitskriterien und Zertifikate für Biokraftstoffe. Diese sollen bereits in einer Neuausschreibung des US Landwirtschaftsgesetzes (*Farm Bill*) im kommenden Jahr berücksichtigt werden, denn es wird erwartet, dass der Farm Bill 2007 Subventionen in den Bioenergiesektor, vor allem in die Ethanolproduktion, lenken wird. Die Debatte um Nachhaltigkeitskriterien für Bioenergieproduktion und -handel ist jedoch nicht auf die USA beschränkt, sondern stellt eine internationale Bemühung dar, an denen sich das Büro in Washington auch im Rahmen der *Commission on Sustainable Development* im UN-Kontext sowie durch die Veröffentlichung einer Kurzstudie im Spätherbst 2005 beteiligt hat. Aktuell hat das Worldwatch Institut im Auftrag des deutschen Agrar- und Verbraucherschutzministeriums eine umfassende, weltweite Studie¹⁷ erstellt. Außerdem wird die United Nations Foundation im Oktober mit dem deutschen Forum Umwelt und Entwicklung im Herbst 2006 und unter Beteiligung der Heinrich Böll Stiftung eine Konferenz zu „Nachhaltigkeitskriterien für Bioenergie“ in Bonn durchführen.¹⁸

Bewegung in den Bundesstaaten und Städten

Die klimapolitische Lähmung in Washington DC hat US Bundesstaaten und zahlreiche Städte auf den Plan gerufen. Sie setzen zunehmend auf klimafreundliche und erneuerbare Energien und suchen – unter Umgehung des Weißen Hauses – auch international nach Kooperations- und Austauschmöglichkeiten. Sowohl 22 Bundesstaaten als auch Washington DC haben sich in den vergangenen Jahren Mindestquoten für den Anteil von erneuerbaren Energien, so genannte Renewable Energy Portfolio Standards, gesetzt.¹⁹ Des Weiteren verfügen 14 Staaten über öffentliche Fonds zur Förderung von Investitionen in Erneuerbare Energien. Sie arbeiten in der Koalition *Clean Energy States Alliance*²⁰ zusammen, mit welcher die Heinrich Böll Stiftung seit 2003 einen transatlantischen Dialog zu Kooperationsmöglichkeiten zwischen Deutschland, den USA und Kanada führt. Im Oktober 2005 fand in diesem Zusammenhang ein mehrtägiges Seminar statt.²¹

¹⁷ <http://www.worldwatch.org/taxonomy/term/445>

¹⁸ <http://www.forumue.de/>

¹⁹

http://www.pewclimate.org/press_room/sub_press_room/2006_releases/rps_release.cfm

²⁰ <http://www.cleanenergystates.org/>

²¹ http://www.cleanenergystates.org/international/downloads/CE_G_Possible_Turning_Point_For_Climate_Change_Solutions.pdf

Darüber hinaus nimmt das regionale Emissionshandelssystem der nordöstlichen Bundesstaaten (*Regional Greenhouse Gas Initiative*; RGGI)²² immer mehr Gestalt an. Sowohl Kalifornien als auch kanadische Provinzen zeigen Interesse, sich daran zu beteiligen. Kaliforniens Gouverneur, Arnold Schwarzenegger, hat in seiner bisherigen Amtszeit die Klimaziele des Bundesstaats mehrfach erhöht. Zuletzt wurde im Sommer 2005 ein Erlass verabschiedet, bis 2010 die Emissionen auf den Stand von 2000 zurück zu führen, bis 2020 vor 1990 und schließlich bis 2050 um 80 Prozent unter die Werte von 1990. Diese *Climate Action Initiative*²³ gilt als die weitest reichende in den USA.

Auch amerikanische Städte haben die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen zum Klimaschutz erkannt. Unter der Federführung des Bürgermeisters von Seattle, Greg Nichols, haben sich bis Juni 2006 mehr als 250 Bürgermeister, darunter die von Los Angeles, New York, San Francisco und Washington DC, auf das *U.S. Mayor's Climate Protection Agreement* geeinigt. Damit verpflichten sich die Städte, die mit 46,3 Million rund ein Sechstel der US Bürger repräsentieren, die Ziele des Kyoto-Protokolls zu erreichen bzw. gar zu übertreffen und gemeinsam dafür einzutreten, dass auch Bundesstaaten und US-Regierung sich zu diesen Zielen verpflichten. Die Initiative fordert schließlich auch den US-Kongress auf, ein nationales Emissionshandelssystem nach dem Vorschlag der Senatoren Lieberman und McCain einzurichten.²⁴

Trotz des klimapolitischen Fortschritts in den Vereinigten Staaten haben die Kritiker des Kyoto-Protokolls und einer aktiven Klimapolitik der US-Regierung nun nach den kanadischen Parlamentswahlen vom 23. Januar 2006 einen neuen Partner gewonnen. Mit dem Regierungswechsel vom liberalen Paul Martin zum konservativen Stephen Harper kam es zu einer Kehrtwende in der kanadischen Klimapolitik. Noch im November 2005 hatte Kanada die elfte Klimavertragsstaatenkonferenz und das erste Treffen der Kyoto-Protokoll-Unterzeichner ausgerichtet, doch bereits kurz nach Amtsantritt stellte Stephen Harper Kanadas Unterstützung des Kyoto-Protokolls infrage, ohne jedoch bislang konkrete Schritte zum Ausstieg einzuleiten. Im Gegenzug folgten insbesondere die kanadischen Provinzen Manitoba, Quebec und Ontario nun dem Beispiel der US-Bundesstaaten, eigene Initiativen zu forcieren und mit den Partnern südlich der Grenze zu kooperieren.

5. UN Reform

In der globalen Debatte um die Zukunft der Vereinten Nationen war das zentrale Ereignis im Berichtszeitraum der Millenniumsauswertungsgipfel im September 2005: dieser führte mehr als 100 Staats- und Regierungschefs in New York zusammen, um Fortschritte hinsichtlich der Erzielung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) zu eruieren, sowie ein umfangreiches Maßnahmen- und Aktionspaket für die Reform der Vereinten Nationen zu beschließen. Während

²² <http://www.rggi.org/>

²³

http://www.climatechange.ca.gov/climate_action_team/index.html

²⁴ <http://www.ci.seattle.wa.us/mayor/climate/default.htm#what>

die Staats- und Regierungschefs eingestehen mussten, dass kaum Fortschritte hinsichtlich der MDGs erzielt wurden, konnte der Gipfel einige wichtige Reformschritte hinsichtlich Struktur und Mandat der UN auf den Weg bringen. Dazu zählen als wichtigste Ergebnisse die Übereinkunft, die bisherige UN Menschenrechtskommission durch einen neuen Menschenrechtsrat zu ersetzen, die Einrichtung einer neuen Kommission zur Friedensschaffung, sowie der Auftrag an Generalsekretär Kofi Annan, umfangreiche Vorschläge für einen programmatischen Wandel und verbesserte Finanz- und Budget-Ressourcen sowie Managementstrukturen für die UN vorzulegen.

Das Büro Washington der Heinrich-Böll-Stiftung hat die Diskussion um die UN-Reform bislang vor allem mit einer Konzentration auf die spezifische Bedeutung der gegenwärtigen UN-Reformbemühungen für Frauen begleitet. So wurde komplementär zur diesjährigen Sitzung der UN-Kommission für den Status der Frau (CSW) eine Veranstaltung zu diesem Thema durchgeführt. Bis Sommer/Herbst 2006 wird von der Heinrich-Böll-Stiftung eine Publikation erstellt, die erstmals Anliegen und Anregungen von Frauen aus aller Welt für die UN-Reform dokumentiert.

Während sich die UN-Mitgliedsstaaten schon wenige Monate nach dem Gipfel auf Format, Funktion und Aufgaben der neuen Kommission zur Friedensschaffung einigen konnten, zeigten sich die Verhandlungen für den neuen Menschenrechtsrat schwieriger. Dabei wollten die USA weit umfassendere Reformen als die Mehrzahl der Entwicklungsländer. Der Kompromissvorschlag, den der schwedische Generalversammlungspräsident Jan Eliasson Ende Februar 2006 vorlegte, wurde vom US-Vertreter bei der UN, John Bolton, rigoros als unzureichend abgelehnt. In diesem Zusammenhang kam es zu einem transatlantischen Bruch. Der Vorschlag wurde schließlich bei Stimmenthaltung der Amerikaner Mitte März in der Generalversammlung angenommen. Die Amerikaner stellten sich nicht zur Wahl für einen Sitz im neuen Menschenrechtsrat, der am 19. Juni ohne amerikanische Beteiligung zur konstituierenden Sitzung erstmals zusammentrat. Für einen ausführlichen Bericht des Büros Washington zur Genese des Menschenrechtsrats siehe <http://www.boell.org/news/documents/HRCouncil-Analysis-hbfDC.pdf>.

Im Zusammenhang mit der der US-Haltung zum neuen Menschenrechtsrat geriet der amerikanische UN-Botschafter John Bolton in die internationale und zunehmend auch amerikanische Kritik.²⁵ Wurde seine harte Haltung in den US Medien zunächst noch begrüßt²⁶, so wurde bald deutlich, dass er die USA in dieser Frage in der UN isolierte und durch seine schwierige, teils unengagierte Verhandlungsführung den Unwillen seiner diplomatischen Kollegen aus aller Welt auf sich gezogen hatte.

John Bolton war im Frühjahr auch die treibende Kraft (dieses Mal jedoch in Abstimmung mit europäischen und japanischen Geldgebern der UN) hinter der Androhung der UN-Geberländer aus dem Norden, der UN bis zur Jahresmitte 2006 den Geldhahn zudrehen zu wollen, weil die UN-Reformen im Managementbereich nicht schnell

genug vorankämen. Seit Jahresbeginn 2006 hatten sich die Fronten zwischen UN-Geberländern aus dem Norden und der G77 hinsichtlich Tempo und Umfang der UN-Managementreformen deutlich verhärtet.²⁷

Auch wenn UN-Generalsekretär Kofi Annan Mitte Juni 2006 die Budget-Krise für beendet erklärt hat,²⁸ so zeigt die Episode doch das UN-kritische Klima im republikanisch dominierten US-Kongress, wo republikanische Abgeordnete öffentlich mit einer Nichtzahlung der amerikanischen UN-Gebühren gedroht hatten. Neben einer grundsätzlichen Ablehnung der Einbindung amerikanischer Handlungsfähigkeit in multilaterale Zusammenhänge wie die UN, die von den USA nicht dominierbar sind, ist vor allem republikanische Bitterkeit für die verweigerte Unterstützung und Sanktionierung des US-Alleingangs in Irak ausschlaggebend für die feindselige US-Haltung gegenüber der UN, deren Sprachrohr Bolton ist. Ein hitziger Schlagabtausch im Juni 2006 zwischen Mark Malloch Brown, Kofi Annans Stellvertreter bei der UN, und John Bolton, in dem Brown die Amerikaner aufgefordert hatte, die UN nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch vor heimischen Kritikern zu unterstützen, ist dafür bezeichnend.²⁹

6. US Rolle in der Internationalen Wirtschafts- und Handelspolitik

Instabilität des Internationalen Finanzsystems

In der internationalen Finanzpolitik wuchs im vergangenen Jahr die Sorge über die wachsende Instabilität des internationalen Finanzsystems. Vor allem die Unausgewogenheiten einer überverschuldeten USA mit massivem Leistungsbilanzdefizit (mit derzeit rund 7 Prozent des US-Bruttoinlandsprodukts), einem riesigen Außenhandelsdefizit, einer erstmals negativen Sparrate, sowie im Herbst 2005 der höchsten US-Inflationsrate seit 30 Jahren bereiten ExpertInnen Sorge. Die USA leben weit über ihre Verhältnisse, sind aber als Hauptkonsument für die Weltwirtschaft derzeit deren wichtigster Motor. Nach Berechnungen des *Institute for International Economics (IIE)* müssen die USA pro Arbeitstag rund \$ 4 Milliarden importieren, um das Leistungsbilanzdefizit und eigene Auslandsinvestitionen zu finanzieren.

Zahlreiche BeobachterInnen sehen diese Situation als unhaltbar und befürchten dramatische Konsequenzen für das globale Währungssystem, sollte der US Dollar als internationale Leitwährung noch weiter

²⁷ Haider, Rizvi „Bolton“s Threat Raises Fear of UN Shutdown“, One World US, 9. Juni 2006;

<http://us.oneworld.net/article/view/134480/1/4536>

²⁸ Warren Hoge, „Annan Sees No Standoff Over Budget at the U.N.“, New York times, 16. Juni 2006.

²⁹ Ilana Bet-El, „Who needs Fox News when you've got John Bolton?“, *The Guardian Online*, 8. Juni 2006, abrufbar unter http://commentisfree.guardian.co.uk/ilana_betel/2006/06/the_und.html; Warren Hoge, „Official of U.N. Says Americans Undermine It With Criticism“, *New York Times*, 7. Juni 2006.

²⁵ Vgl den Kommentar von Sebastian Mallaby in der Washington Post vom 12. Juni 2006, „At the U.N., Bluster Backfires“

²⁶ Austin Bay, „Substantive Changes Needed“, Washington Times, 3. März 2006.

unter Druck geraten oder gar im Zuge eines neuen Weltwährungsakords bewusst abgewertet werden. Besorgt sind ExpertInnen vor allem auch darüber, dass ausländische Investoren und Notenbanken – speziell aus China, Indien und Japan, aber auch den reichen Ölnationen – in den letzten vier Jahren mehr als 80 Prozent aller neuen US-Schatzbriefe und Obligationen aufgekauft haben.

Gerade im letzten Jahr mehrten sich in den USA die kritischen Stimmen aus sonst eher regierungsfreundlichen Kreisen, die den Verlust wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der USA als Folge dieser Investoren-Abhängigkeit beklagten und die prekäre Finanzlage des Landes zu einer Frage nationaler Sicherheit erhoben, deren Behandlung Priorität amerikanischer Außenwirtschaftspolitik sein müsse.³⁰

Diese Kritiker – darunter auch zunehmend republikanische Kongressabgeordnete – beklagten, dass die Bush-Administration und das Finanzministerium nicht entschiedener auf dem internationalen Parkett gegen eine als drastisch unterbewertet eingeschätzte chinesische Währung und Chinas dramatischen Leistungsbilanzüberschuss (mit rund \$150 Milliarden im vergangenen Jahr, rund 7 Prozent des chinesischen Bruttoinlandsprodukts) vorgingen. Der Anstieg der chinesischen Währung Renmibi um bis zu 40 Prozent, sowie die Reduktion des US-Leistungsbilanzdefizits um mehr als die Hälfte werden dabei als entscheidende Schritte zur kontrollierten Lösung der globalen Ungleichgewichte gesehen.

Wachsender Druck auf Internationalen Währungsfonds (IWF)

Mit den steigenden Risiken im internationalen Finanzsystem wuchs im vergangenen Jahr auch die internationale und amerikanische Kritik am Internationalen Währungsfonds (IWF), der nach Ansicht vieler Beobachter seine Funktion als Wächter globaler Stabilität und Ausgewogenheit nur unzureichend ausübte. Gleichzeitig wurde die Relevanz und Funktionsfähigkeit des IWF im internationalen Finanzsystem zum Jahresende 2005 weiterhin vermindert, weil mit Argentinien, Brasilien und Russland drei systemisch wichtige Mitteleinkommensländer ihre Schulden beim IWF vorzeitig zurückgezahlt hatten. Dies stürzte den IWF neben einer Daseins- auch in eine akute Finanzkrise, da das Finanzierungsmodell des IWF auf Gewinnmargen von Krediten an Schwellenländer aufbaut. In den letzten Jahren haben zudem sowohl Schwellen- wie Entwicklungsländer ihre Währungsreserven systematisch und dramatisch ausgebaut. China ist heute noch vor Japan das Land mit den weltweit größten Devisenreserven.

Das Misstrauen in die Fähigkeit des IWF, einem von Devisenspekulation bedrängten Land rechtzeitig, umfassend und sozial verträglich unter die Arme greifen zu können, hat auch bei den ärmsten Entwicklungsländern dazu geführt, dass knappe Devisen in einer Art „Selbstversicherung“ gehortet, anstatt für Armutsreduzierungsprogramme eingesetzt werden, mit dem absurden Ergebnis, dass der

³⁰ Siehe unter anderem C. Fred Bergsten vom Institute for International Politics (IIE) in einer Anhörung für dem US-Senatsfinanzausschuss zu amerikanisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen am 29. März 2006; abrufbar unter: <http://www.iie.com/publications/papers/paper.cfm?ResearchID=611>

Süden faktisch insbesondere das Konsumverhalten in den USA über die Stabilisierung des Dollars subventioniert.³¹

Zum Jahresende 2005 häuften sich daher die Reformvorschläge für eine Reorientierung des IWF auf Überwachung und Prognostizierung, um eine zukünftige internationale Finanzkrise besser abwehren, bzw. gestalten zu können.³² Druck kam dabei vor allem aus dem US-Finanzministerium mit der Hoffnung, dass ein erstarkter IWF auch China effektiver an die Kandare nehmen könne. Zur Frühjahrstagung 2006 legte IWF-Chef Rodrigo de Rato einen mittelfristigen Reformplan für den IWF vor, der vor allem eine Quotenerhöhung – und damit eine Erhöhung des politischen Gewichts in den Entscheidungsgremien des IWF – für systemisch wichtige Schwellenländer wie China, Südkorea, Türkei und Mexiko vorsah.³³ Diese Reformvorschläge, die von den IWF-Gouverneuren weitestgehend akzeptiert wurden, sollen bereits zur Herbsttagung des IWF im September 2006 in Singapur konkretisiert und operationalisiert werden. Obwohl gerade die Erhöhung der Stimmanteile für Schwellenländer als Schritt in die richtige Richtung zu einem an reeller Wirtschaftsmacht orientierten IWF darstellt und damit die systemischen Veränderungen der Globalisierung auch strukturell anerkennt, so ist die vorgeschlagene IWF-Reform doch nicht ausreichend und kommt vielleicht zu spät für den IWF. Vor allem ärmere Entwicklungsländer bleiben weiterhin ohne realen Einfluss. Auch wurde die IWF-Reform nicht dazu genutzt, die makroökonomische Grundausrichtung der Institution zu hinterfragen.

Für eine ausführlichere Behandlung des Themas siehe den Bericht von Barbara Unmüssig und Liane Schalatek, abrufbar unter www.boell.de.

Weltbank nach einem Jahr Wolfowitz-Führung

Der Bush Administration gelang es im März 2005, mit Paul Wolfowitz, der vorherigen Nr. 2 im Pentagon und einem der Architekten der US-Invasion in Irak, einen der profilierten „Neocons“ im Bereich der internationalen Entwicklungspolitik zu installieren. Trotz der offenen Empörung der internationalen Zivilgesellschaft und der zumindest schweigenden Ablehnung durch zahlreiche europäische Staaten wurde Wolfowitz als Nachfolger von James Wolfensohn zur Jahresmitte 2005 von den Exekutivdirektoren als Weltbank-Präsident bestätigt. Befürchtet wurde von Beobachtern und Kennern

³¹ Der ehemalige US-Finanzminister Larry Summers hat erst Ende Juni in einer Rede in Washington Entwicklungsländern geraten, US-Devisenpapiere als Reserveanlage aufzugeben, weil andere Investitionen eine weit höhere Rendite brächten; siehe dazu: <http://www.cgdev.org/content/article/detail/8373/>

³² Für eine umfassende Artikelsammlung mit Vorschlägen zur IWF-Reform vom amerikanischen „Mainstream“ siehe Edwin Truman, A Strategy for IMF Reform, Institute for International Economics, Washington, DC, Februar 2006; Informationen zum Buchinhalt: http://bookstore.iie.com/merchant.mvc?Screen=PROD&Product_Code=3985

³³ Für eine Zusammenfassung der Strategie, siehe <http://www.imf.org/external/np/exr/ib/2006/041806.htm>; die Strategie von De Rato selbst ist unter <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2006/040506.pdf> abrufbar.

unter anderem, dass Wolfowitz seine neue Position nutzen könnte, um außenpolitische US-Interessen mit den Instrumenten der wichtigsten internationalen Entwicklungsbank zu fördern.

Wolfowitz selbst hielt sich und seine mittelfristigen Absichten für die Weltbank bis jetzt recht bedeckt. Die befürchtete Umsetzung expliziter amerikanischer Interessenpolitik in der Weltbank blieb bislang weitestgehend aus. Seinen Stempel hat Wolfowitz der Weltbank noch am ehesten mit seiner Konzentration auf Korruptionsbekämpfung aufgedrückt, wo er eine unter seinem Vorgänger James Wolfensohn begonnene Kampagne in Umfang und Anspruch ausweitete.³⁴ Bislang hat es Wolfowitz versäumt, für die ebenfalls von Finanznöten geplagte Weltbank analog zum IWF einen Reformplan vorzulegen. BeobachterInnen beklagen daher auch, dass eigentlich beide „Bretton Woods Zwillinge“ umfassender Reformen bedürften, weil sich gerade in den letzten beiden Jahrzehnten ihre Klientel wie ihre *raison d'être* massiv gewandelt hätten.³⁵

US-Handelspolitik im globalen Kontext

In den USA ist 2005 und 2006 das politische Klima für Freihandelsbefürworter deutlich rauer geworden. Nachdem die Debatten um Arbeitsplatzverluste in der US Industrie (*offshoring*) sowie um Auslagerung von Dienstleistungsarbeitsplätzen (*outsourcing*) im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes 2004 erstmals nationale Prominenz erlangt hatten, ist unter Demokraten wie Republikanern im US-Kongress die Euphorie für multilaterale wie bilaterale Freihandelsabkommen deutlich geschwunden.

Der neue US-Handelsbeauftragte Rob Portman, hatte zum Jahresbeginn 2005 daher keinen leichten Einstand. So konnte das Zentralamerikanische Freihandelsabkommen CAFTA-DR mit sechs zentralamerikanischen Staaten (El Salvador, Costa Rica, Honduras, Guatemala, Dominikanische Republik und Nicaragua) im Juli 2005 lediglich mit einer Stimme Mehrheit im Kongress verabschiedet werden – und auch nur, nachdem sich Präsident Bush auf höchster Ebene eingeschaltet und wankelmütigen republikanischen Kongressabgeordneten weitgehende Zugeständnisse in anderen Politikbereichen gemacht hatte. Inzwischen ist auch die Implementierung von CAFTA-DR in den zentralamerikanischen Teilnehmerstaaten, die eigentlich zum 1. Januar 2006 erfolgen sollte, mehrmals verschoben worden.

Im Laufe des letzten Jahres hat die US-Industrie (besonders im Textilbereich) ihren Druck auf die Bush-Administration erhöht, gegen Chinas angebliche Währungsmanipulation vorzugehen, die chinesische Importe in die USA künstlich billig halten sollen. Protektionismus, vor allem gegen China und Indien, erfolgt dabei auch zunehmend häufig in Gestalt angeblicher Besorgnisse über nationale Sicherheit. So wurde im Berichtsjahr auch der Versuch eines chine-

sischen Energieunternehmens UNOOC vom Kongress zurückgewiesen, den US-Konzern Unocal aufzukaufen.³⁶ Dies steht in offenem Widerspruch zur Strategie der Bush-Administration, in ihrer Außenhandelspolitik weiterhin auf das Prinzip einer wettbewerbsgetriebenen Liberalisierung zu setzen, die neben der Beendigung der WTO Doha-Runde vor allem auf eine Vielzahl von bilateralen und regionalen Handelsabkommen setzt.

Im Kontext der WTO Doha-Runde verfolgte die USA weiterhin die Strategie einer ambitionierten Liberalisierungsrunde, obwohl die Chancen dafür immer geringer werden. Wie die EU sind die USA *demandeur* in den Bereichen Industriegüter- und Dienstleistungshandel. Allerdings agierten amerikanische Verhandlungsführer geschickt aus dem Hintergrund und überließen es der EU, öffentlich Forderungen an die Entwicklungsländer zu stellen. Im Agrarbereich, wo die USA massive Zollsensungen und Marktöffnungen fordern, verweist Washington auf die Unbeweglichkeit der EU in Sachen Marktzugang, auch um von der eigenen Blockadehaltung im Bereich heimischer Unterstützungsmaßnahmen sowie Exportkredite im Agrarsektor abzulenken. ExpertInnen bescheinigten Portman denn auch eine kluge Verhandlungsführung für die USA während der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im Dezember. In den Verhandlungen haben die USA bislang immer damit argumentiert, dass die laufenden Verhandlungen in der Doha-Runde bis zum Jahresende 2006 abgeschlossen werden müssen, da die vom Kongress zu bewilligende Handelsvollmacht des Präsidenten (*trade promotion authority, TPA*) zur Jahresmitte 2007 ausläuft. Im gegenwärtigen handelsskeptischen US-Kongress ist eine Erneuerung der TPA, die dem Kongress nur ein *Ja* oder *Nein*, aber keine Ergänzung oder Abänderung erlaubt, politisch nicht durchsetzbar.

Während kurz nach dem WTO-Ministertreffen in Hongkong von BeobachterInnen erwartet wurde, dass die Stagnation im laufenden Jahr zu einer Verschärfung der US-Handelsdiplomatie führen würde, scheint seit Frühjahr 2006 das Gegenteil eingetreten zu sein. Mitte April 2006 wurde Rob Portman von Präsident Bush als Budgetdirektor ins Weiße Haus berufen und das, obwohl die Verhandlungen in Genf zu diesem Zeitpunkt in einer kritischen Phase waren. Dies wurde von vielen KommentatorInnen als Zeichen dafür aufgefasst, dass die Bush-Administration den erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde als unwahrscheinlich ansieht. Portmans Nachfolgerin ist seine Stellvertreterin Susan Schwab, eine fachlich versierte, hochgelobte Technokratin, der aber der gute Draht zum US-Kongress fehlt, der für die innenpolitische Durchsetzung einer Doha-Vereinbarung notwendig ist.³⁷

Gerade auch von seinem republikanischen Freunden im Kongress ist Präsident Bush bereits davor gewarnt worden, keine Zugeständnisse an Entwicklungsländer im Bereich Agrarhandel zu akzeptieren, die den Marktzugang für US-Agrarexporte einschränken könnten.³⁸ Dies erklärt zumindest in Teilen auch die über lange Strecken harte Linie

³⁴ Siehe zu einer Einschätzung des ersten Amtsjahrs von Wolfowitz auch der Spiegel, „Ein Falke auf der Lauer“, abrufbar unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,418002,00.html>

³⁵ Siehe dazu Ngaire Woods, *The Globalizers in Search of a Future*, Policy Brief, Center for Global Development, April 2006; abrufbar unter <http://www.cgdev.org/content/publications/detail/7371/>

³⁶ MSNBC News Services, 23. Juni 2005, <http://www.msnbc.msn.com/id/8322541>

³⁷ IATP Kommentar, „US Boxed into a Corner at WTO“, 7. Juni 2006; <http://www.tradeobservatory.org/library.cfm?refid=88071>

³⁸ Inside US Trade, „Senate Ag Chair, House Members warn Administration on LDC Demands“, 9. Dezember 2005.

der Amerikaner bei den Genfer Agrarverhandlungen, wo bis Mitte Juli die Modalitäten für Agrarhandel ausgearbeitet werden sollen.³⁹ Offenbar sind die USA jetzt aber doch zu moderaten Zugeständnissen bereit.⁴⁰ Die WTO-Agrarverhandlungen in Genf sind auch bedeutsam für die amerikanische Debatte um eine Neuauflage des US Farm Bill von 2002, die für das kommende Jahr ansteht und heimische Unterstützungsmaßnahmen und Exportsubventionierungen regelt. Zahlreiche republikanische Senatoren – nicht zuletzt mit Blick auf die bereits im kommenden Jahr anlaufenden Vorwahlen für den Präsidentschaftswahlkampf 2008 – haben sich inzwischen dafür ausgesprochen, den US Farm Bill erst einmal zu verlängern statt ihn jetzt neu zu verhandeln. Bei einer Neuschreibung des US Farm Bill wäre eine Reduzierung der Agrarsubventionen für die heimische Landwirtschaft kaum vermeidbar, zum einen aufgrund der prekären US-Haushaltssituation, zum anderen, weil derzeitige Agrarstützungsmassnahmen klar gegen geltende WTO-Vereinbarungen verstoßen.

8. Ausblick

Im kommenden Berichtsjahr wird innenpolitisch die Zwischenwahl im November 2006 und – für den Fall eines wahrscheinlichen Stimmzugewinns für die Demokraten – die Vorbereitung und Positionierung der Bewerber beider Parteien um die Bush-Nachfolge im Rahmen der 2007 anlaufenden Vorwahlen dominieren. Energie, und vor allem Energieunabhängigkeit sowie der Zusammenhang zwischen Energie und Sicherheit, aber auch die Klimadebatte und die Hoffnung auf eine Ausweitung von erneuerbaren Energien werden dabei innenpolitisch noch weiter an Bedeutung gewinnen, zumal der Preisdruck für den Durchschnittsamerikaner an den Zapfsäulen auch 2007 nicht nachlassen dürfte.

Außenpolitisch bleiben der Krieg im Irak und die Konfrontation mit dem Iran die bestimmenden Themen. Diesbezüglich wird sich zeigen, ob die Bush-Administration, politisch pragmatischer als in der Vergangenheit zu operieren bereit ist, auch in multilateralen Kontexten,.

In diesem Zusammenhang ist die Frage der UN-Reform von zentraler Bedeutung: hier werden die nächsten sechs Monate entscheiden, ob der ausscheidende UN-Generalsekretär Kofi Annan eine handlungsfähigere und effizientere UN als Vermächtnis an seinen noch zu bestimmenden Nachfolger hinterlassen kann. Angesichts eines fast unvermeidbaren Minimalergebnisses in der WTO Doha-Runde, wird sich im kommenden Jahr erneut die Frage nach einer Reform der WTO, bzw. dem Ende von Handelsmultilateralismus stellen, wobei der Ruf nach Protektionismus in den USA angesichts der prekären Finanzsituation des Landes noch lauter werden könnte. Für

den IWF werden die nächsten Monate zeigen, ob die Institution Relevanz und Autorität zurückgewinnen kann.

Das Washingtoner Büro der Heinrich-Böll-Stiftung wird auch im kommenden Berichtsjahr diese Entwicklungen in den USA sowie im Kontext internationaler Strukturpolitik mit Veranstaltungen, Besuchsprogrammen, Analysen und durch Informationsvermittlung kontinuierlich begleiten.

³⁹Washington Trade Daily, "US Sticks to October 2005 Ag Position", Volume 15, Number 120, 19. Juni 2006.

⁴⁰Inside US Trade, „U.S. Lowers Ag Market Access Demands, Considers New Concessions For June Ministerial,“ 21. Juni 2006.